

Die SPD auf verlorenem Posten

von

Heiner Flassbeck

WuM, Mai 2006

Die SPD kann einem Leid tun: Schon wieder ein Vorsitzender futsch, der Alt-Kanzler auf dem Business-Trip und der gute Landesvater Kurt Beck ante portas. Die von vielen erhoffte Erneuerung steht in den Sternen, weil es weder Personen gibt, die sie verkörpern könnten, noch Ideen, die sie tragen würden.

Der Niedergang der SPD zeigt zweierlei in großer Klarheit: Erstens, der Prozess der Selektion in den Parteien gebiert heute nicht mehr automatisch das politische Personal, mit dem man im wahrsten Sinne des Wortes Staat machen könnte. Zweitens, eine sozialdemokratische Partei braucht jenseits der allgemeinen Gürtel-enger-Schnall-Ideologie ein verlässliches und realisierbares Wirtschaftsprogramm, weil Gürtel-enger-Schnallen als Ersatz für ein solches Programm allemal von den anderen glaubwürdiger vertreten werden kann.

Der weit verbreitete Eindruck, das Personal der politischen Parteien sei ziemlich ausgelaugt und nicht mehr in der Lage, den Dingen eine andere Wendung zu geben, beschränkt sich nicht auf die SPD. Generell fehlen den deutschen Parteien unabhängige und interessante Köpfe. Der Politik- und Parteienbetrieb, bei dem man sich jahrelang auf die berühmte Ochsentour durch die Parteiniederungen und –gliederungen begeben muss, um überhaupt zur Kenntnis genommen zu werden, schreckt viele junge und kluge Menschen von vorneherein ab. Quereinsteiger ohne Parteihintergrund gibt es praktisch nicht mehr, weil der Prozess der Auswahl der Kandidaten, etwa für den Deutschen Bundestag, inzwischen so durchorganisiert, demokratisiert und repräsentationsorientiert ist, dass für Originalität kein Platz mehr ist.

Insbesondere die Repräsentation der verschiedensten Gruppen in allen Gremien macht jedem Ansatz zu einer besseren Selektion den Garaus. Bis alle Regionen angemessen vertreten sind, alle Geschlechter, die Beamten, die Arbeiter, die Gewerkschafter, die Ausländer oder Menschen mit Migrationshintergrund, ist kein Platz mehr für einen Mann oder eine Frau mit guten Ideen, für eine Person mit einer Vision oder auch nur eine, die in einem bestimmten Feld besonders viel zur Sacharbeit beitragen kann. So sind in unseren Parlamenten alle gesellschaftlichen Gruppen ordentlich vertreten, nur Intelligenz, Kreativität und Gestaltungskraft sind leider auf der Strecke geblieben.

Der zweite Punkt ist von noch größerer Bedeutung. Die SPD blutet programmatisch aus. Der von der CDU im letzten Wahlkampf gerne benutzte Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“, ist für die SPD tödlich, wenn sie ihm nicht energisch und fundamental entgegentritt. Sozialdemokraten, die sich diesen Slogan gar zu Eigen machen, schaufeln am Grab ihrer Partei. Das teuflische an dem Slogan ist, dass vollkommen er richtig ist, dass daraus aber keineswegs folgt, dass der Abbau des Sozialen Arbeit schafft. Für die Sozialdemokraten muss der Slogan lauten: Richtige und aktive Wirtschaftspolitik kann Arbeit schaffen, also ist eine solche Wirtschaftspolitik sozial. Darüber hinaus, müssten die Sozialdemokraten hinzufügen, kann man viele sozial vernünftige Dinge tun, ohne dass das Arbeitsplätze kostet.

Wer sich aber auf den Slogan im Sinne einer Wahl zwischen Sozialem und Arbeitsplätzen einlässt, ist verloren. Was viele in der SPD wie bei den Grünen nicht verstanden haben und vielleicht niemals verstehen können: Die gesamte Auseinandersetzung um Gerechtigkeit, das soziale Netz und Solidarität in der Gesellschaft ist vollkommen sinnlos in Zeiten hoher und steigender Arbeitslosigkeit. Natürlich ist jede Maßnahme, die 100 000 Arbeitsplätze schafft, sozial. Jeder Verzicht auf Lohn, auf soziale Absicherung oder auf Versicherungsschutz, der andere in Lohn und Brot brächte, wäre in höchstem Maße solidarisch und sozial.

Das heißt, Massenarbeitslosigkeit schafft einen Tatbestand des Unsozialen, der das bei der SPD herrschende Argumentationsmuster in seinen Fundamenten erschüttert. Kein politischer Eingriff in bestehenden Schutzrechte oder vorhandene soziale Absicherungen kann mit Argumenten aus der Mottenkiste der sozialen Absicherung, die aus den Zeiten der Vollbeschäftigung stammen, ernsthaft in Frage gestellt werden, wenn man nicht eigene und andere Überzeugungen hinsichtlich der Ökonomie des Abbaus der Arbeitslosigkeit, also hinsichtlich der richtigen wirtschaftspolitischen Strategie einbringt.

Ja, man darf "das Soziale" nicht einmal hilfsweise verwenden, ohne seine Glaubwürdigkeit zu verlieren. Wer sagt, die Kürzung der Arbeitslosenhilfe sei ökonomisch unsinnig, weil sie nur reine Umverteilung bedeutet und keine Arbeitsplätze schafft, eröffnet eine ökonomische Debatte. Wer aber sagt, die Kürzung sei ökonomisch unsinnig und zudem unsozial, entwertet unmittelbar sein ökonomisches Argument, weil die Abschaffung ja nur dann unsozial ist, wenn sie ökonomisch nichts bringt. Die Verteidiger der Kürzung werden sagen, man brauche wohl den Vorwurf des Unsozialen, weil man selbst nicht an das ökonomische Argument glaube.

Die SPD findet aber keinen Zugang zu einer radikal anderen Ökonomie, weil ihre Mitglieder gerne an die wunderbare Wirkung der Solidarität und der Umverteilung glauben möchten. Wäre es nicht schön, wenn man mit etwas Lohnverzicht anderen Menschen die Chance geben würde, wieder Arbeit zu finden? Wäre es nicht sinnvoll, die Lohnnebenkosten zu senken, um Arbeit wieder bezahlbar zu machen? Natürlich sollen die anderen auch verzichten, die mit den "breiten Schultern", aber verzichten ist eigentlich gut und zudem ökologisch besonders wertvoll.

Der SPD war der Keynesianismus als Alternative zur herrschenden Lehre der Wirtschaftswissenschaft immer suspekt. Zwar begrüßten sie die besondere Rolle, die dort dem Staat bei der Stabilisierung der Gesamtwirtschaft zugewiesen wird. Wachstum, Einkommenssteigerungen für alle und ein florierender privater Konsum jedoch, die zentrale Bestandteile dieser Theorie sind, passen nicht in das sozial bewegte Weltbild. Also suchen sie verzweifelt nach Alternativen und merken nicht, wie sie den Apologeten des Verzichts auf der anderen Seite der Straße auf den Leim gehen.